

---

# Schweden: fällt am 9. September 2018 die nächste Sozialisten-Hochburg?

---

Hans Kaufmann, alt Nationalrat SVP, Wettswil

Am 9. September 2018 finden in Schweden die Parlamentswahlen (Riksdag) statt. Wie unlängst bereits in vielen EU-Ländern erlebt, zeigen die jüngsten Umfragen auch für Schweden deutliche Wähleranteilsverluste für die traditionellen Regierungsparteien und markante Gewinne für die populistischen Lager am rechten und minim auch am linken Ende des Parteienspektrums an. Entscheidende Wahlthemen waren die übermarchende Immigration und die Kriminalität. Die Sozialisten, die das Land während rund 100 Jahren dominierten dürften durch eine konservative Minderheitsregierung unter der Führung der Moderaten Sammlungspartei und ihrem derzeitigen Parteichef Ulf Kristersson als Spitzenkandidat für das Amt des Premierministers abgelöst werden. Allenfalls könnte es auch zu einer grossen Koalition kommen, um die rechtspopulistischen Schwedendemokraten auszubremsen. Diese Wahlen gelten auch als einer der letzten grossen Stimmungstests im Hinblick auf die EU-Parlamentswahlen am 23. Mai 2019.

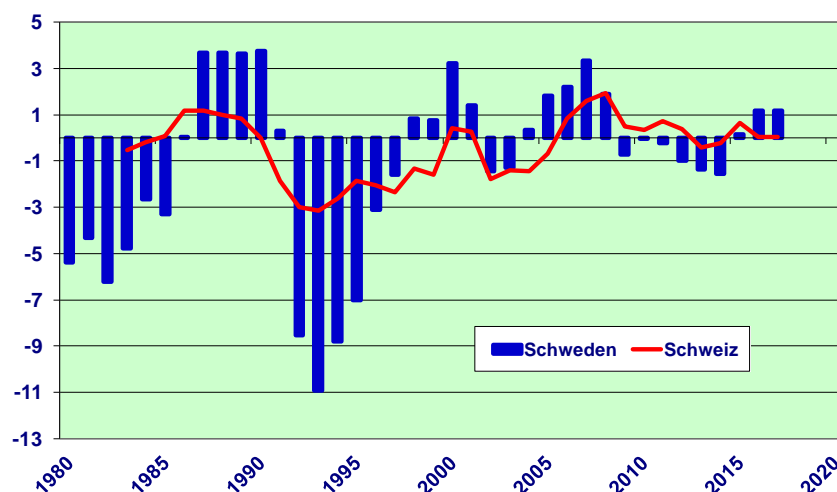
Obwohl Schweden mit 10.1 Mio. rund 20% mehr Einwohner beheimatet als die Schweiz lag das BIP dieses Landes 2017 mit USD 539 Mio. um 21% unter jenem der Eidgenossenschaft (USD 679 Mio.). Zu laufenden Preisen ist die Schweizer Volkswirtschaft gemäss IWF die 20. grösste der Welt, jene Schwedens liegt auf Rang 23. Kaufkraftbereinigt liegen die beiden Länder auf den Rängen 39 und 40 praktisch gleichauf. Während die Bevölkerung in Schweden seit 1980 mit 21% stärker wuchs als die Beschäftigtenzahl (17%), nahm die Beschäftigtenzahl in der Schweiz mit 59% weit stärker zu als die Einwohnerzahl, die 34% zulegte. Zum Bruttoinlandprodukt der EU trägt Schweden 3.1% bei.

Eine Gegenüberstellung dieser beiden Länder seit 1980 ist insofern von Interesse als ein solcher Vergleich auch die unterschiedliche Entwicklung von zwei recht unterschiedlichen Wirtschaftssystemen, des **schwedischen Sozialstaatmodells und der Schweizer Marktwirtschaft**, zeigt. Die Schweiz verzeichnete seit 1980 bis 2017 ein Realwachstum von 97%, Schweden hingegen von 144%. In den letzten 5 Jahren wuchs die schwedische Volkswirtschaft real um 14.7% und übertraf damit sowohl die EU (9.0%) als auch die Schweiz (8.2%). Dieses starke Wirtschaftswachstum seit den letzten Wahlen führte dazu, dass wirtschaftliche Themen wie Arbeitslosigkeit etc. im laufenden Wahlkampf eine untergeordnete Rolle spielen. Die Schweden profitierten in den letzten Jahrzehnten allerdings von einer stetigen, insgesamt aber doch massiven Abwertung der Schweden Krone (SEK), die z.B. seit Ende 1979 gegenüber dem CHF satte 72% einbüsste, seit dem EU-Beitritt anfangs 1995 rund 37%. Zum Euro verlor die SEK seit Ende 1979 rund 41%, bzw. seit dem EU-Beitritt 14%. Die Schweden mussten dafür in diesen 37 Jahren 254% Inflation verkraften, die Schweizer nur 85% (Inflation 2017: Schweden 1.8%, Schweiz 0.6%). Besonders auffällig ist

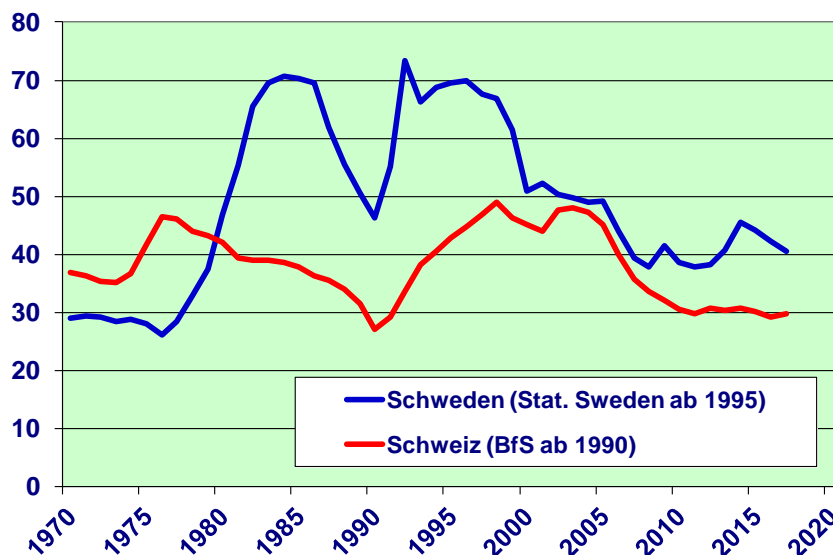
auch die Arbeitslosenrate, die in Schweden seit 1980 im Durchschnitt bei 6.5% lag, in der Schweiz bei nur 2.5%. (Juni 2018 gemäss OECD: Schweden 6.4%, Schweiz gemäss Seco 2.4%).

Punkto internationale Wettbewerbsfähigkeit weisen beide Länder, vor allem aber die Schweiz, seit Jahren grosse Ertragsbilanzüberschüsse aus: die Schweiz im Mittel seit 1980 rund 7.4% (2017: 9.3%) des BIP, Schweden 2.7% (2017: 3.2%). Trotz Weltkonzernen wie ABB, Alfa Laval, Astra Zeneca, Atlas Copco, Boliden, Electrolux, Hennes & Mauritz, LM Ericsson, SKF, Volvo etc. macht das Exportvolumen im Vergleich zum schwedischen BIP aber nur 28.4% aus (Schweiz 44.1%) und Schwedens Anteil am EU-Aussenhandel liegt bei nur 2.6% (2017). Die Schweiz exportiert absolut betrachtet rund doppelt so viel wie Schweden. Im Weltbankranking "Ease of doing business"-Index belegt Schweden den 10. Platz, die Schweiz nur Rang 33. Zwischen der Schweiz und Schweden besteht kein sonderlich grosser Handel, auch wenn die Schweiz 2017 Waren für CHF 1'473 Mio. nach Schweden exportierte sowie für CHF 1'238 Mio. Waren von dort importierte und damit einen Handelsbilanzüberschuss von CHF 235 Mio. erwirtschaftete. Schweden ist damit lediglich der 24. grösste Exportpartner der Schweiz mit einem Anteil von 0.6%. Umgekehrt rangiert die Schweiz mit einem Anteil von 1.1% an den schwedischen Ausfuhren auch nur als 17. grösster Exportkunde Schwedens.

Trotz des über viele Jahre expansiven Sozialstaates und zeitweise sehr hohen Budgetdefiziten gelang es Schweden **die Verschuldung unter Kontrolle** zu halten und in den letzten Jahren im Vergleich zum BIP sogar deutlich von knapp 70% im Jahre 1996 auf 41% im Jahre 2017 zu senken. Mit ein Grund dafür sind die massiven Erhöhungen der Steuersätze, die die Staatskasse füllten und teils auch happige Budgetüberschüsse brachten. So wurden z.B. die lokalen Steuersätze von 10% in den Nachkriegsjahren auf heute durchschnittliche über 32% angehoben. Diese Steuersätze stehen immer noch auf Rekordstand und sind zu einem Standortnachteil für Hochverdiener geworden. Zudem hat Schweden auch eine Art Schuldenbremse eingeführt, die in den letzten Jahren die erhofften Resultate brachte.



**Budgetdefizite und -überschüsse 1980-2017 in % des BIP**



### Staatsschulden in % BIP (Gesamtstaat inkl. Sozialversicherungen)

Im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung der Arbeitnehmer in Schweden mit einem **Spitzensteuersatz von bis zu 56% im progressiven Einkommensteuersystem** und die Mehrwertsteuer von 25% (EU-Maximalsatz) sehr hoch. Dies gilt jedoch lediglich für Arbeitseinkommen. Gleichzeitig werden in einem System der dualen Einkommensbesteuerung Einkünfte aus Kapitalbeteiligungen an Unternehmen mit einem deutlich niedrigeren, proportionalen Steuersatz belastet, um die Standortattraktivität für Investitionen zu erhöhen. Auch die **Unternehmenssteuern sind im internationalen Vergleich relativ gering**. Schwedische Unternehmen bezahlen weniger Steuern als in Industrieländern wie Deutschland, Japan oder den USA.

### **«100 Jahre sind genug»**,

Nach der Bildung eines Zwei-Kammer-Reichstags im Jahre 1866 dominierte anfangs die konservative Bauernpartei (Lantmannaparti) die Politik in Schweden. Später organisierten sich die Bauern im 1922 gegründeten Bauernverband, der ab Ende der 1920er Jahre ca. 70 % der Stimmen aller Landwirte auf sich vereinigte. Die kleine vermögende Oberschicht in Stadt und Land wählte zumeist die konservative Partei. Mit der Industrialisierung erhielten liberale Parteien Aufwind, die sich 1902 in der Liberalen Sammlungspartei zusammenschlossen. Die Sozialdemokratische Arbeiter Partei (SAP) wurde 1889 gegründet. Nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 erlangte sie eine dominierende Stellung unter Schwedens Parteien. Aber diese 100-jährige Erfolgssträhne kommt nun offensichtlich an ihr Ende.

Keine andere politische Kraft hat ein europäisches Land während so vielen Jahren dominiert wie die Sozialdemokraten (SAP) dies in Schweden vermochten. Sie erhielt **seit 1917 bei allen Parlamentswahlen (Riksdag) die meisten Stimmen** und stellte ab 1923 während des längsten Zeitraums des 20. Jahrhunderts den schwedischen Ministerpräsidenten. Bei den letzten Reichstagswahl 2014 erreichte die SAP 31.0 % der Stimmen und 113 (32%) der 349 Mandate, ihr zweitschwächstes Ergebnis seit 1920. Nur bei fünf Wahlen (1976, 1979, 1991, 2006 und 2010) vermochte der mitte-rechts Block ausreichende Mandate zu erobern, um eine Regierung zu bilden.

Auf die schwedische Politik haben aber nicht nur die politischen Parteien, sondern auch andere Volksbewegungen grossen Einfluss, so die **Gewerkschaften**, die **Frauenbewegung**, die **Abstinenzbewegung** oder **Sportverbände**. Das Interesse an der Politik ist mit einer Wahlbeteiligung von traditionell über 80% relativ hoch.

### **Politische Pioniere auf vielen Gebieten**

Die Schweden machten in der Vergangenheit durch einige ungewöhnliche politische Entscheide und Kehrtwenden von sich reden. So ist das **Öffentlichkeitsprinzip** bereits seit 1766 in der Verfassung verankert. Auch auf dem Gebiet des **Datenschutzes** hat Schweden 1973 das erste nationale Datenschutzgesetz geschaffen. Eine weitere schwedische Besonderheit ist das **System der Ombudsmänner**, die die Rechte des Einzelnen beim Kontakt mit den Behörden sicherstellen sollen. In der Aussenpolitik gilt Schweden als **neutrales Land**. Dennoch trat das Land per **1.1.1995** zusammen mit Finnland und Österreich der EU bei. Im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen ist Schweden **kein Nato-Mitgliedsland**. 1990 und 2005 wurden zwei Nuklearreaktoren geschlossen, womit ein Referendum des Jahres 1980 umgesetzt wurde. Im März 2005 standen dann aber wieder 83% der Bevölkerung hinter der Atomenergie. Deshalb verwundert es nicht, dass die Mitte-rechts-Regierung im Februar 2009 erneut einen Kurswechsel vornahm und den **Bau neuer Atomkraftwerke** ankündigte, wenn diese alte ersetzen. Am 14. September 2003 wurde in Schweden über die Einführung des **Euros als Landeswährung abgestimmt**. Die Euro-Skeptiker setzten sich mit 56.1% zu 41.8% klar durch und dies bei einer Stimmbeteiligung von 81.2%. Vor dem Hintergrund einer verschlechterten Sicherheitslage führt Schweden im Sommer 2017 die allgemeine Wehrpflicht wieder ein. Die Wehrpflicht war 2010 ausgesetzt worden. Erstaunlicherweise verfügt das im internationalen Vergleich kleine Land **über eine eigene Produktion von Militärflugzeugen (Saab Grippen)**.

Schweden galt Jahrzehntlang als **sozialdemokratisches Musterland**. Schweden wurde von vielen europäischen Linken als gelungenes Beispiel für einen dritten Weg zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft hochgepriesen. Diese Vorbildfunktion hat das Land mit den **Reformen in den 1990er Jahren** eingebüsst. Aber der Ruf eines sozialistisch dominierten Landes ist geblieben, wohl wegen der hohen Steuerlast und den im internationalen Vergleich immer noch grosszügigen Sozialleistungen. Die Unterschiede im Einkommen sind geringer als in anderen europäischen Staaten und die Geschlechterpolitik gilt gemeinhin als besonders progressiv.

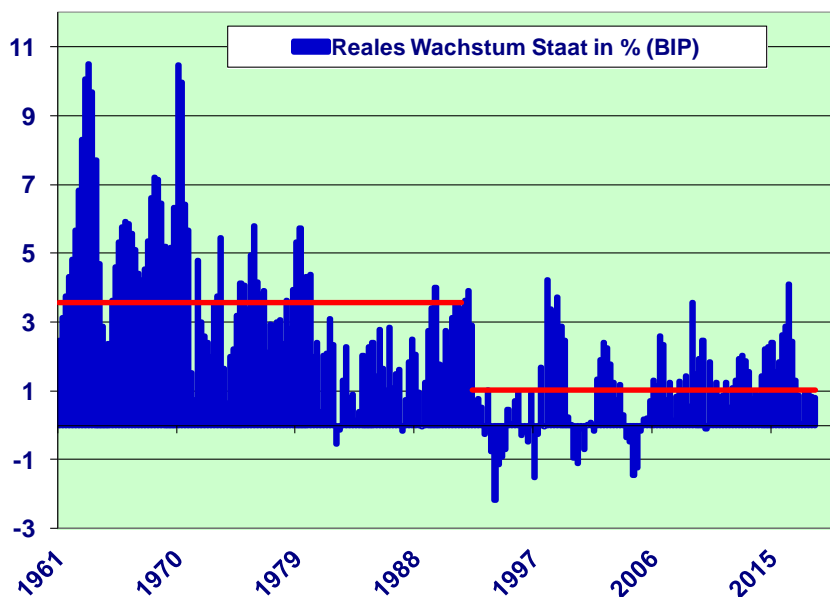
### **Schwedisches Sozialmodell und Immobiliencrash führten in eine Krise**

Das **Schwedische Sozialstaat-Modell** mit einem stark ausgebauten Schutz am Arbeitsmarkt und einer grosszügigen Bildungs- und Sozialpolitik galt über lange Zeit als politisches Musterkonzept für Wohlfahrtsstaaten. Auch die anderen nordischen Länder Dänemark, Norwegen, Finnland und Island schlossen sich der schwedischen Doktrin an. Schwedens Wohlfahrtsstaat war ein **Vorbild, bis die Staatsausgaben ausser Kontrolle gerieten**

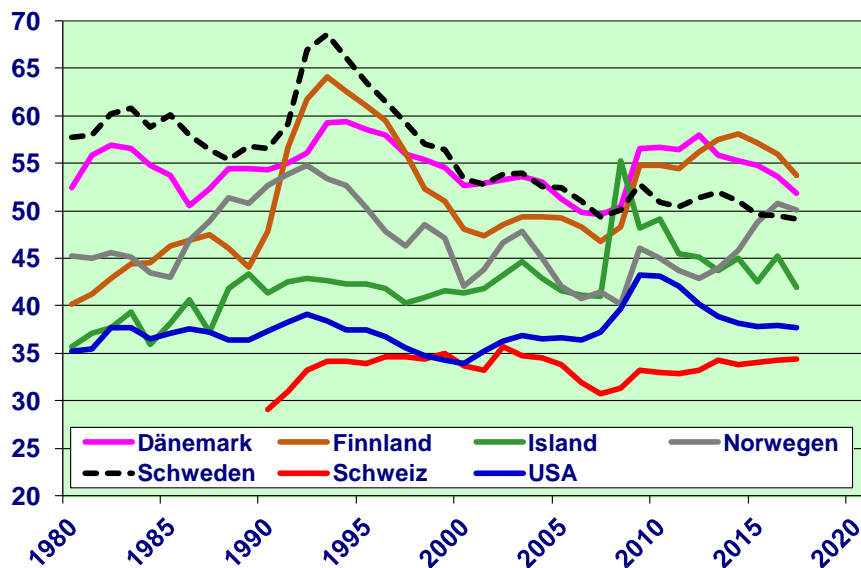
Das schwedische Modell entwickelte sich bereits zwischen 1930 und 1970. Nach 1970 haben jedoch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialpartnern zugenommen. Anstelle sozialpartnerschaftlicher Verträge haben sozialdemokratische Regierungen durch umfangreiche Gesetzgebungsmassnahmen den Arbeitsmarkt

einschneidend geregelt. Unterschiedliche Ansichten darüber, wie die hohen Staatschulden und die für Schweden hohe Arbeitslosigkeit reduziert werden sollen, haben zusätzlich zur Polarisierung beigetragen. Auch die «starke Gesellschaft», die auf einem expansiven öffentlichen Sektor baute, wurde mehr und mehr in Frage gestellt. Sie hat zu einer unübersichtlichen und schwer zu steuernden Bürokratie geführt, die zusehends als Hindernis denn als eine Lösung für wirtschaftliche und soziale Probleme wahrgenommen wurde. Im Zusammenhang damit wurde auch die Zentralisierung in Frage gestellt. Deshalb ist heute ein deutlicher Dezentralisierungsprozess in Richtung Gemeinden, zu erkennen.

Zu Beginn der 1990er Jahre kam es in Schweden infolge einer schweren Wirtschafts- und Bankenkrise zu einschneidenden Veränderungen und Reformen. Teil des „Skandinavischen Modells“ ist eine hohe Einkommensteuerbelastung. In den 80er Jahren war es jedoch möglich, bis zu 50% der Kreditzinsen vom steuerbaren Einkommen abzuziehen. Dies stellte nicht nur einen hohen Anreiz dar, Immobilien zu erwerben, sondern diese auch noch hoch zu beleihen. Die Banken finanzierten im Vertrauen in die Werthaltigkeit der Pfandsicherheiten in grossem Stil den Erwerb von Immobilien. Hierdurch wurde die Nachfrage weiter angeheizt. Ab 1987 bildete sich eine bedrohliche Immobilienblase, die dann anfangs der 1990er Jahre platzte. Die Konjunktur brach ein. Die Immobilienpreise begannen zu sinken. Vor allem aber geriet die schwedische Krone unter erheblichen Abwertungsdruck. 1990 rutschten die ersten Banken bedingt durch die Marktentwicklung im Immobiliensektor in Probleme und mussten Konkurs anmelden.



**Ausbau Sozialstaat führte zu massivem Wachstum des Staates und höheren Steuern**



**Staatsquote in % des BIP 1980-2017 gemäss OECD**

Sei diesen Reformen, die ab 1994 bis etwa 2000 die Grundlagen des Wohlfahrtsstaats erneuerten, ist die Staatsquote in den meisten skandinavischen EU-Ländern im Gegensatz zu den übrigen EU-Ländern wieder gesunken, doch liegt sie immer noch sehr hoch. In Schweden wurden die Massnahmen von einer bürgerlichen Vier-Parteien-Koalition, die zwischen 1991 und 1994 regierte, begonnen und von der sozialdemokratischen Minderheitsregierung, die die Reichstagswahlen 1994 gewann, fortgesetzt. Das **Realwachstum des Staates**, das sich zwischen 1960 und 1990 auf 3.6% p.a. stellte, fiel in der Zeit danach bis heute auf 1.1%. Der Staat wuchs somit deutlich langsamer als die Wirtschaft. Die Staatsquote Schwedens belief sich Mitte der 1980er Jahre auf fast 70% des Bruttoinlandsproduktes, was fast einer Verdoppelung zwischen 1960 und 1980 entsprach. In den darauffolgenden Jahren überschritten die Ausgaben kontinuierlich die Einnahmen. **1993 erreichte das Budgetdefizit einen Spitzenwert mit je nach Statistik rund 11% bis 12%** des BIP. Dieser dramatische Anstieg der Staatsausgaben war einerseits das Resultat des zu generösen Ausbaus des Sozialstaates, andererseits aber auch eine Folge der des nachlassenden Produktivitätswachstums der Wirtschaft. Erst durch umfangreiche wirtschaftspolitische Reformen wie Steuererhöhungen und eine Reform des Pensionsystems in den Jahren 1993 und 2000 konnte das Budget in den Folgejahren konsolidiert werden.

Während der Staat seine Schulden abbauen konnte, bauen die **Unternehmen und vor allem auch die Haushalte neue Schuldenberge** auf. Ein Teil des Geldes floss dabei erneut in den Immobilienmarkt, der in den letzten Jahren einen eigentlichen Boom erlebte und heute als überhitzt gilt. Das schwedische Bankwesen zeichnet sich durch eine äusserst hohe Konzentration des Kreditgeschäftes auf 4 Institute, Nordea, SEB Skandinaviska Enskilda, Svenska Handelsbanken und, aus. Kommt es im Immobiliensektor zu einem Crash, muss mit schwerwiegenden Folgen gerechnet werden.

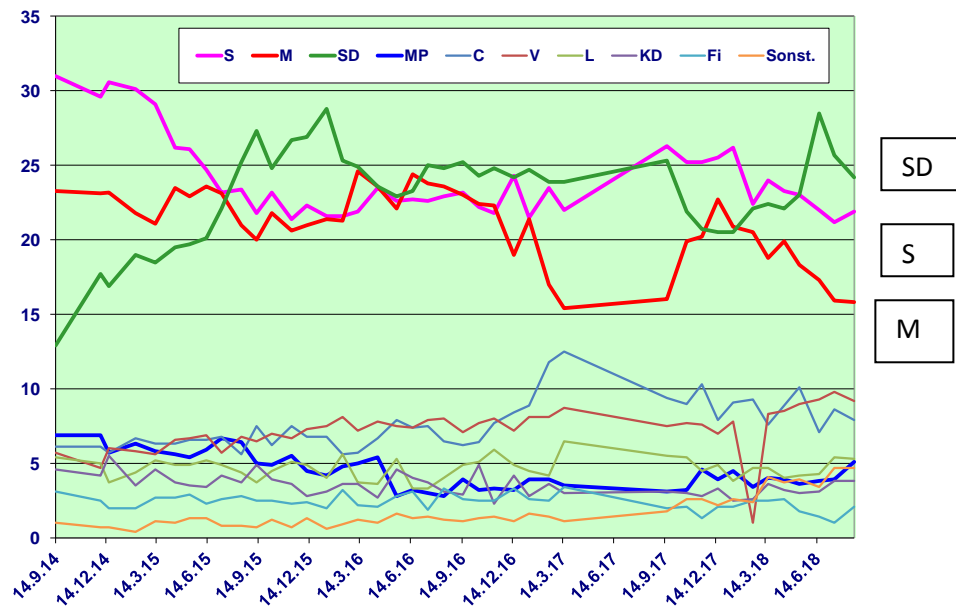
Verschuldung in % BIP	Unternehmen	Haushalte und Non-Profit	Private (Unternehmen und Haushalte)	Staat	Total
1995	72	44	116	70	186
1996	72	44	116	70	186
1997	79	45	124	68	191
1998	82	45	127	67	194
1999	86	46	133	62	194
2000	89	48	137	51	187
2001	94	50	144	52	196
2002	96	52	147	50	198
2003	91	54	145	50	195
2004	87	57	144	49	193
2005	91	61	152	49	201
2006	91	63	154	44	198
2007	103	65	168	39	207
2008	120	69	189	38	227
2009	125	77	202	41	243
2010	112	77	189	39	228
2011	113	78	191	38	229
2012	112	81	193	38	231
2013	113	82	195	41	236
2014	111	83	194	46	240
2015	104	84	188	44	232
2016	101	86	187	42	229
2017	106	88	193	41	234

### Verschuldung in % des BIP

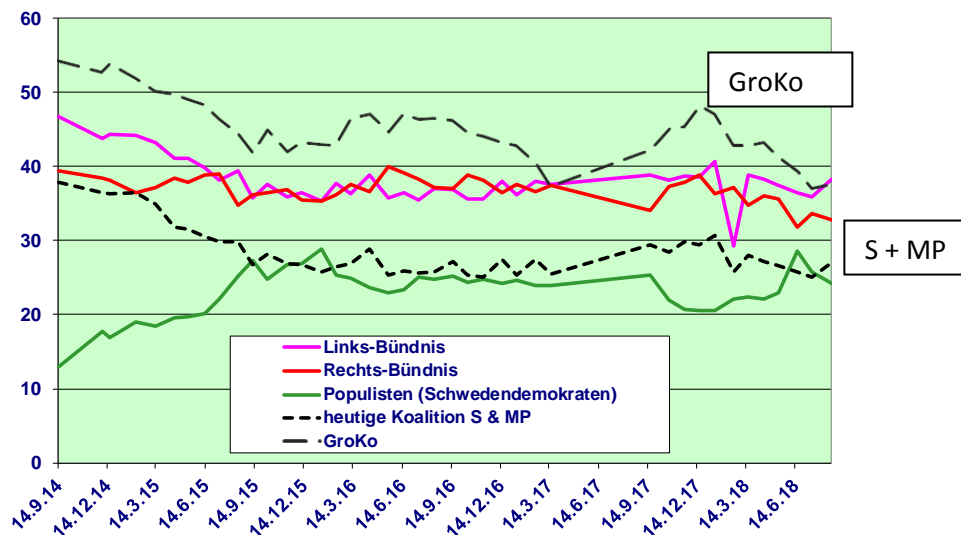
#### Parlamentswahlen am 9. September 2018

Am 9. September 2018 finden nun die nächsten Parlamentswahlen statt. Die Umfragen zeigen im Vergleich zu den Wahlergebnissen 2014 deutliche Veränderungen der Parteienstärken. Bei den letzten Wahlen eroberten die Sozialdemokraten (**Sveriges social-demokratiska arbetarepartiet, S**) 113 (32%) der insgesamt 349 Parlamentssitze. Die Moderate Sammlungspartei (**Moderata samlingspartiet, M**) brachte es auf 83 Sitze (24%), die Schwedendemokraten (**Sverigedemokraterna, SD**), auf 42 Sitze (12%). Zum linken Lager gehört auch die **Miljöpartiet de Gröna** („Umweltpartei Die Grünen“, **MP**), die 2014 25 Sitze (7%) gewann, die **Vänsterpartiet (V, Linkspartei)** 21 Sitze (6%) und die **Feministiskt initiativ** (Feministische Initiative; **Fi** oder **FI**), die jedoch nicht im Parlament vertreten ist. Auf der rechten Seite ist die **Centerpartiet (C, Zentrumspar-tiet)** mit 22 Sitzen (6.2%) die zweitgrösste bürgerliche Kraft, gefolgt von der **Liberalerna (L; Die Liberalen; bis 2015 Folkpartiet liberalerna)** mit 19 (5%) und den **Kristdemokraterna (KD, Die Christdemokraten)** mit 16 Sitzen (5%). Das linke Lager eroberte bei den letzten Wahlen 159 Sitze (47%), die Bürgerlichen 140 (41%) und die Schwedendemokraten 42 Mandate (12%). Die jüngsten Wählerumfragen zeigen nun klare Verluste für die Sozialisten und die Moderaterna-Partei und grosse Gewinne für die Schwedendemokraten an. Die nachfolgende Grafiken basiert auf den YouGov-Umfragen.

Institut		S	M	SD	MP	C	V	L	KD	Fi	Sonst.
Wahl 2014	14.09.2014	31.0	23.3	12.9	6.9	6.1	5.7	5.4	4.6	3.1	1.0
YouGov	20.08.2018	21.9	15.8	24.2	5.1	7.9	9.2	5.3	3.8	2.1	4.7
Novus	21.08.2018	25.1	19.3	19.2	6.2	10.0	8.7	5.3	3.5		2.7
SKOP	22.08.2018	24.5	17.1	20.1	5.8	8.2	9.2	6.3	4.6	1.7	2.5
Ipsos	24.08.2018	26.3	17.1	19.4	6.0	8.8	9.8	5.4	4.6		2.6
Durchschnitt 4 Umfragen		24.5	17.3	20.7	5.8	8.7	9.2	5.6	4.1	1.9	3.1
seit Wahl 2014 in PP		-6.6	-6.0	7.8	-1.1	2.6	3.5	0.2	-0.5	-1.2	2.1



**Rechtsblock:** Moderaterna (M), Centerpartiet (C), Liberalerna (L) und Kristdemokraterna (D). **Linksblock:** Socialdemokraterna (S), Miljöpartiet (Grüne = MP) und Vänsterpartiet (V). **Rechtspopulisten:** Sverigedemokraterna (SD).



Selbst eine Groko würde deutlich unter 40% Wähleranteil zu liegen kommen.



## Brüchige Minderheitsregierung

Der schwedische Premierminister wird vom schwedischen Riksdag gewählt. Der Premierminister kann dann im Alleingang seine rund 22 Minister bestellen. Der König spielt dabei keine Rolle. Der Premierminister kann nur durch ein Misstrauensvotum abgesetzt werden. Das Parlament verfügt auch über die Budgethoheit, d.h. das Regierungsbudget ist nur dann akzeptiert, wenn nicht eine Mehrheit der Abgeordneten dagegen stimmt. Dieses Regierungskonzept macht auch das Regieren mit einer Minderheitsregierung möglich. Das Parlament wird alle 4 Jahre neu gewählt.

Das schwedische Parlament besteht aus nur einiger einzigen Kammer, denn 1971 wurde das bis dahin geltende Zweikammersystem aufgegeben und durch ein Parlament mit 350 Sitzen ersetzt. Da es 1973 zu einer Patt-Situation kam, weil sowohl die Sozialisten als auch die Nicht-Sozialisten je 175 Sitze eroberten, und Abstimmungen durch Losentscheide getroffen werden mussten, wurde die Zahl der Parlamentsmitglieder 1975 auf 349 reduziert. Insgesamt sind derzeit 8 Parteien im Parlament vertreten. Der Riksdag wird nach dem Proporzsystem gewählt. Das Land ist in 29 Wahlreise unterteilt, die im Wesentlichen den 21 schwedischen Län, gemeint sind Provinzen, entsprechen. Landesweit gilt eine Sperrklausel von 4%. Die 349 zu vergebenden Mandate setzen sich aus 310 Direktmandaten und 39 Ausgleichsmandaten zusammen.

Auf der bürgerlichen, rechten Seite des Politspektrums gibt es seit 2006 ein festes Bündnis: Moderaterna, Centerpartiet, Liberalerna und Kristdemokraterna. Diesem steht das rot-grüne Bündnis aus Socialdemokraterna, Miljppariet und Vänsterpartiet gegenüber. Nicht eingebunden in ein Bündnis sind die Schwedendemokraten.

Anlässlich der Riksdag-Wahlen von 2014 schaffte keine der politischen Blöcke die absolute Mehrheit. Die derzeitige Koalitionsregierung ist eine rot-grüne Minderheitsregierung, gebildet aus den Sozialdemokraten (31% der Wählerstimmen / 113 Mandate) und den Grünen mit ihrer stellvertretenden Regierungschefin Isabella Lövin (6.9% / 25 Mandate). Zusammen kommen die Koalitionspartner auf nur auf 138 bzw. 40% der Sitze.

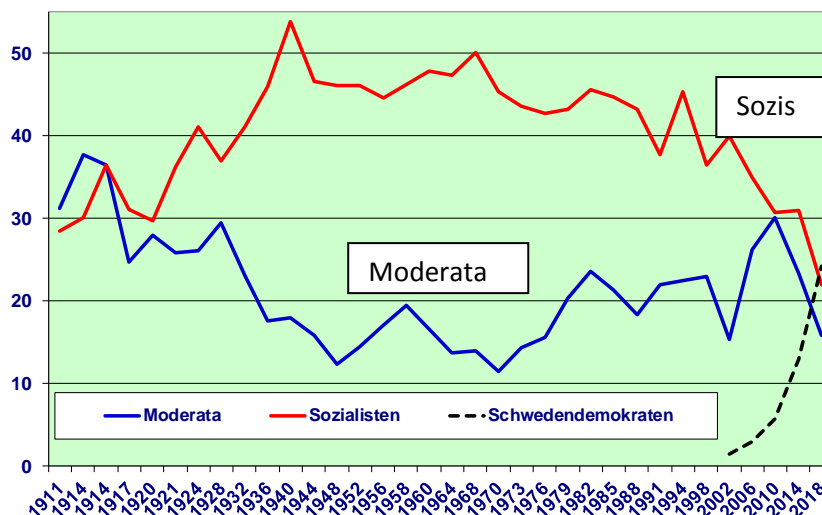
Seit 1982, als Olaf Palme (S) regierte, haben die Sozialisten 5 der seither amtierenden 7 Ministerpräsidenten gestellt. Der amtierende Ministerpräsident Kjell Stefan Löfven (61) ist seit 2012 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (SAP) und seit dem 3. Oktober 2014 schwedischer Ministerpräsident. Am 2. Oktober 2014 gewann er eine Vertrauensabstimmung im Parlament und trat damit am folgenden Tag die Nachfolge von Fredrik Reinfeldt als Ministerpräsident an. Reinfeldt war von Oktober 2003 bis Januar 2015 Vorsitzender der liberal-konservativen Moderaten Sammlungspartei (M). Er amtierte von Oktober 2006 bis Oktober 2014 als Ministerpräsident. Obgleich die rot-grüne Regierung Löfven über keine Mehrheit verfügt, wurde die Wahl möglich, weil sich sowohl die bürgerliche Opposition als auch die sozialistische Linkspartei der Stimme enthielt.

Beim Haushaltsentwurf 2015, über den am 3. Dezember 2014 abgestimmt wurde, verzeichneten die Oppositionsparteien jedoch mehr Stimmen als die rot-grüne Regierung, womit diese eigentlich gescheitert war. Deshalb kündigte Löfven für den 22. März 2015 Neuwahlen an. Es gelang ihm dann aber doch noch kurz vor Jahresende, am 27. Dezember 2014, mit den vier Oppositionsparteien der Bürgerlichen Allianz ein Abkommen (Dezemberabkommen) zu schliessen. Letztere versprachen bei der

nächsten Abstimmung über das Budget 2015 den Vorschlag der Regierung nicht abzulehnen. Deshalb wurden die ausgerufenen Neuwahlen wieder abgeblasen.

### Düstere Wahlprognosen für Sozis wegen Asylantenflut und Kriminalität

Die jüngsten Umfragen mit Blick auf die Parlamentswahlen vom 9. September 2018 zeigen für die Sozialdemokraten den tiefsten Wähleranteil seit mehr als einem Jahrhundert. Auch in Schweden haben die Regierungsparteien nicht wahrhaben wollen, dass die übermarchende Immigration und die teils damit verbundene Kriminalität in weiten Bevölkerungskreisen nicht akzeptiert wird.



### **Parteienstärke (Wähleranteil) 1911 bis Prognose 2018 (You Government)**

Viele Schweden ärgern sich darüber, dass in den letzten zwei, drei Jahren die Zuwanderer vom Staat finanziell oft besser gestellt werden als jene die das Land aufgebaut haben. Während die einen während fünf Tagen pro Woche hart arbeiten, sitzen andere zuhause und leben von den Steuergeldern der Werktätigen. Kein anderes Land hat im Verhältnis zur Bevölkerung im Jahre 2015 so viele Asylanten aufgenommen wie Schweden. Die Kosten für die Immigranten setzen das bis anhin generöse Sozialsystem Schwedens für Arbeitslose und Rentner unter Druck. Ressourcen die dringend im Bildungswesen, in der medizinischen Versorgung und im Sozialbereich (Pflege, Altersbetreuung etc.) benötigt werden, versickern zusehends im Asylwesen.

Mit 25% Wähleranteil dürften die **Sozialdemokraten wohl dennoch die stärkste Partei** bleiben, aber dieser Prozentsatz liegt erneut deutlich unter dem Resultat der letzten Wahlen im Jahre 2014 als die Sozis noch 31% der Stimmen abholen konnten. Noch 1994 lag der Wähleranteil der Sozialdemokraten bei 45%. Aber auch die **Moderata-Partei**, die führende bürgerliche Kraft, verliert Wähleranteile. Wie in anderen EU Ländern feiern auch in Schweden die rechten Populisten einen rasanten Aufstieg. Dazu kommen Terraingewinne der Linkspartei, die sich grossenteils aus ex-Kommunisten rekrutiert. Die Regierung hat zwar die Einwanderungsgesetze verschärft nachdem das Land im Jahre 2015 rund 163'000 Asylanten aufnehmen musste. 2018 dürften es nur noch rund 23'000 sein. Aber der Ansturm im Jahre 2015 hat die Gesellschaft bereits derart verändert, dass die anti-Asylpartei, die Schwedendemokraten, nun je nach Umfrage auf Platz 2, in einzelnen Umfragen sogar an der

Spitze des Parteienspektrums liegt. Innerhalb der sozialistischen Partei wird deshalb Kritik an der eigenen Parteiführung laut, weil sich diese den politischen Themenführerschaft der Schwedendemokraten (Asyl, Kriminalität) anschloss, statt selbst Themen zu setzen, wie z.B. Arbeiterrechte und Gleichheit.

Die **Schwedendemokraten** gewinnen auch wegen der wachsenden Kriminalität Wähleranteile. Im August 2018 haben Jugendliche im Zentrum von Göteborg über 100 Autos mutwillig in Brand gesetzt und damit den Volkszorn geweckt. Die Schwedendemokraten forderten den Einsatz von Militärs zum Kampf gegen diese Verbrechergangs in den Vorstädten, aber der Premierminister weigerte sich nach anfänglichem Zögern. Der lasche Kampf gegen die Kriminalität wird der Regierungspartei zusätzlich schaden.

Bisher versuchten die übrigen 7 Parlamentsparteien die Schwedendemokraten zu isolieren und sie mit dem «braunen Hammer» zu erschlagen, indem man der Partei vorwarf, dass sie 1988 auch von Neo-Nazis mitgegründet wurde. Die Partei hat jedoch seit 2005 systematisch Mitglieder aus der Partei entfernt, die offen für Rassismus eintraten. Sollten die Schwedendemokraten am 9. September 2018 einen Wähleranteil am oberen Ende der Umfragewerte (je nach Umfrageinstitut zwischen 16% und 25%) erobern, wird wohl auch diese Herabwürdigung der Schwedendemokraten durch die anderen Parteien nicht mehr verfangen. Man wird die Partei ernst nehmen müssen, denn wenn es die anderen zwei Lager nicht mehr auf je über 40% bringen, dann werden die Schwedendemokraten zum Königsmacher avancieren. Preis für eine Unterstützung bzw. Duldung einer linken oder rechten Minderheitsregierung wird wohl ein Eingehen auf die Forderung der Schwedendemokraten sein.

### **Schwierige Regierungsbildung**

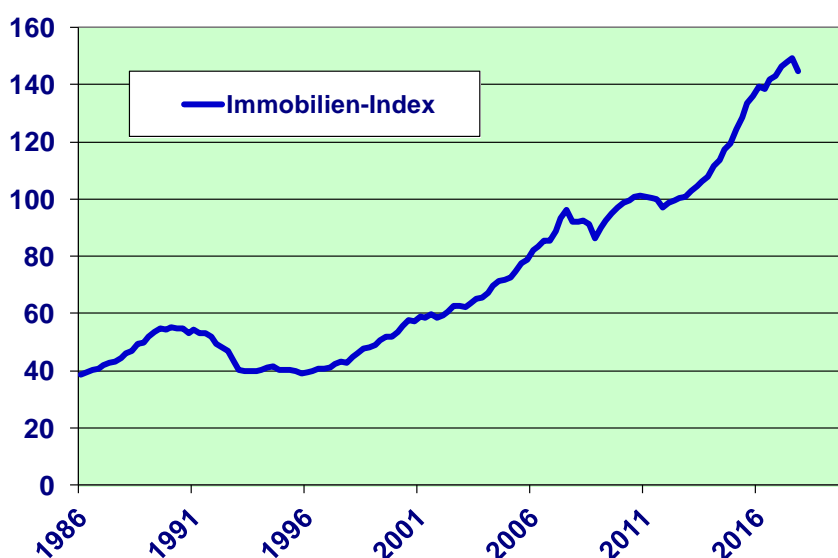
Als Alternative zu einer labilen rechten oder linken Minderheitsregierung wird wohl wie in Deutschland nur noch die Bildung einer grossen Koalition übrig bleiben. Aber selbst dazu benötigen die Sozialdemokraten und die Moderate Sammlungspartei noch mindestens einen dritten Partner, damit sie über 50% der Parlamentssitze kommen. Noch 2014 wäre eine GroKo mit 196 Sitzen (57% bzw. 54% Wähleranteil) ein einfaches Unterfangen gewesen. Aufgrund der jüngsten Umfragen kämen die zwei grössten Parteien jedoch auf einen Wähleranteil von nur 37%.

Das Zusammengehen einer der beiden grossen Traditionsparteien mit den Schwedendemokraten zur Bildung einer Regierung erscheint aus programmatischer Sicht kaum realistisch, denn die Schwedendemokraten haben im Juni 2018 die Möglichkeit eines **Referendums über einen weiteren Verbleib in der EU** angekündigt. Ein «Swexit» ist nach Ansicht des Schwedendemokraten **Führers Jimmie Akesson (39)**, notwendig, weil die EU zu einem grossen Netzwerk der Korruption degeneriert sei. Bevor er Politiker wurde, studierte Akesson unter anderem Politikwissenschaft an der Universität Lund. Nach der Wahl 2010 zog er mit seiner Partei, den Schwedendemokraten, erstmals in den schwedischen Reichstag ein. Alle anderen Parteien mit Ausnahme der ex-Kommunisten sind EU-Befürworter. Die Moderate Sammlungspartei hat denn auch schon prophylaktisch ein Gutachten über einen allfälligen EU-Austritt verfasst, das die Kosten eines Swexit auf USD 31 Mrd. beziffert und 150'000 Arbeitsplätze gefährdet sieht. Die Preise würden steigen und der Wohlstand sinken. Gelingt es den linken und rechten Traditionsparteien nicht, die Schwedendemokraten ins die Regierung einzubeziehen, dürfte sich der Kampf um die ideologische Vorherrschaft im Lande bei den **nächsten Wahlen 2022** noch verstärken.

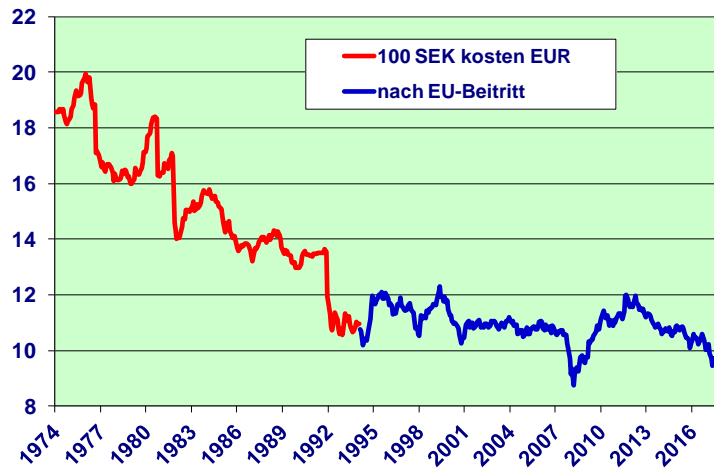
**Fazit für die Politik:** Die schwedische Politik wird nicht mehr durch zwei ähnlich grosse Lager dominiert. Neu muss sich das Land mit drei Blöcken auseinandersetzen. **Am Wahrscheinlichsten erscheint die Bildung einer neuen Regierung unter der Führung der Moderaten Sammlungspartei und als Spitzenkandidat für das Amt des Premierministers gilt Ulf Kristersson, der derzeitige Parteichef.** Ulf Hjalmar Kristersson (55) wurde 1991 Abgeordneter des Schwedischen Reichstags. Zwischen 1993 und 1995 arbeitete er vorwiegend als Buchautor und publizierte mehrere Werke zu Politik- und Wirtschaftsfragen. Ab 1995 war er drei Jahre lang Marketingchef des Thinktanks Timbro. 2000 bis 2001 PR-Chef des schwedischen Beratungsunternehmens Connecta sowie der Immobilienfirma Adcore und von 2001 bis 2002 Kommunikationschef der Nextwork AB. Am 5. 10.2010 wurde er zum Nachfolger von Cristina Husmark Pehrsson als Minister für soziale Sicherheit in der Regierung Fredrik Reinfeldt ernannt. Diesen Posten hatte er bis 2014 inne. Seit dem 1. Oktober 2017 ist Kristersson Vorsitzender der Moderata.

**Fazit für die Finanzmärkte:** Bei einer noch grösser als erwarteten Machtverschiebung zugunsten der Schwedendemokraten dürfte die **SEK** allenfalls temporär unter Druck geraten. Viel eher könnte sich ein extremer Rechtsrutsch aber **negativ auf den Euro** auswirken, auch wenn Schweden nicht Mitglied des Euros ist. Die Wahlen könnten als letzter wichtiger Stimmungstest für die im Mai 2019 anstehenden EU-Parlamentswahlen interpretiert werden. Grossverluste für die Sozis und die Christdemokraten im EU-Parlament zugunsten populistischer Rechtsparteien könnten die EU über Jahre blockieren. Die **SEK-Zinsen** dürften hingegen kaum im Alleingang vom Euro-Trend abweichen, denn die finanzielle Lage des schwedischen Staates erscheint im EU-Vergleich sehr gut. Das Land gehört denn auch zu den wenigen noch existierenden AAA-Staatsschuldnern der Welt. Auch am **Aktienmarkt**, sind ohne generelle Aktienbaissen weltweit keine ausserordentliche Rückschläge zu erwarten. Der überhitzte **Immobilienmarkt** ist zwar für eine grössere Preiskorrektur reif, aber eine solche Zäsur hätte wenig mit einem allfällig politisch ungünstigen Wahlergebnis zu tun.

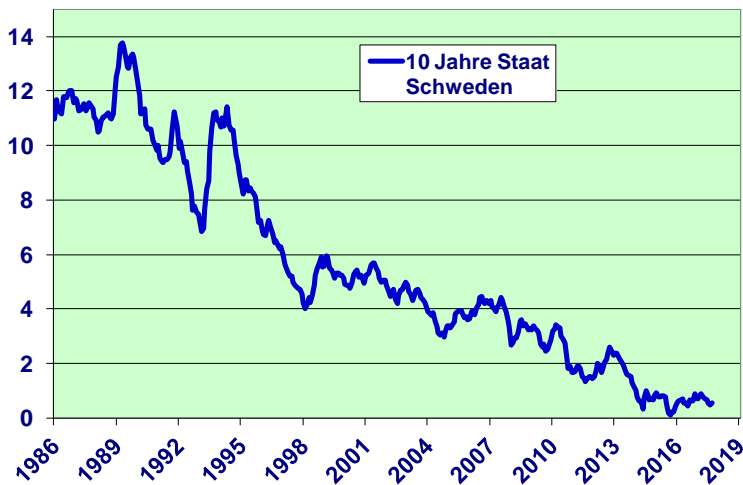
### Schwedens Finanzmärkte boomen



**Immobilienindex zeigt erste Korrektur nach Boom: Ende 2011 bis Ende 2017 + 49%**



Seit EU-Beitritt 1995 geringere Volatilität aber dennoch 14% zum EUR abgewertet.



SEK-Zinsen im Schlepptau der Euro-Zinsen.



Schwedischer Aktienmarkt nahe Allzeithoch: seit Ende 2011 + 101%